

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1863**

2.12.1863 (No. 283)

# Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 2. Dezember.

N. 283.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr. Einrückungsgebühr: die gepaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1863.

Alle Postexpeditionen nehmen Bestellungen an auf den Monat Dezember der Karlsruher Zeitung.

## Telegramme.

**München, 30. Nov. (W. L. B.)** Es war nicht Mangel einer Instruktion des Hrn. v. d. Pfordten, welcher den Ausschuss einer Sitzung des Bundesstags veranlaßte, sondern es erregte vielmehr die Fassung des entschiedenen Antrags, welchen Hr. v. d. Pfordten im Namen Bayerns stellen sollte, unerwarteten Anstand. Der bayerische Gesandte ist wiederholt angewiesen, auf Beschleunigung der Sache zu dringen.

**Koburg, 30. Nov. (A. Z.)** Der französische Gesandte Graf Belcastle ist im Auftrag des Kaisers Napoleon an Herzog Ernst hier eingetroffen. Eine Subsidiumsadresse von Hohenzollern (Holstein) ist dem Herzog Friedrich überreicht worden.

**Wien, 1. Dez.** In der gestrigen Sitzung des Unterhauses stellt der Abg. Rechbauer an den Obmann des Vereinigungsausschusses eine Anfrage über den Stand der betreffenden Kommissionsarbeiten, indem die für Schleswig-Holstein warm fühlenden Deutschösterreicher nur durch den Mangel eines Vereinigungsgesetzes an der öffentlichen Kundgebung ihrer Gefühle verhindert würden. Es wurde die rasche Vorlage des Ausschussberichts beschloffen.

Die heutige „Presse“ schreibt: Der Staatsminister v. Schmerling willfahrte einer Petition um Gestattung einer Volksversammlung wegen Schleswig-Holsteins.

Die hiesigen Blätter bringen einen Aufruf von Reichsraths-Mitgliedern, Landtags-Mitgliedern, Professoren, Industriellen etc. zu Beiträgen zur Unterstützung schleswig-holsteinischer Beamten.

**Paris, 4. Dez. (Sch. M.)** Der „Moniteur“ erklärt, daß die Regierung der Veröffentlichung der Broschüre „Kaiser Napoleon III. und der Kongress“ vollständig fremd sei. — Der „Progrès von Lyon“ (liberales Blatt) ist auf zwei Monate suspendirt.

## Deutschland.

**Frankfurt, 30. Nov.** Die Erklärung, welche Preußen und Oesterreich in der vorgestrigen Sitzung des Bundesstags bei der Frage über die Zulassung des dänischen Gesandten abgegeben haben, lautet nach der „Spen. Ztg.“ vollständig:

Die Stellung der kaiserl. österreichischen und der königl. preussischen Regierung ist durch den Vertrag bedingt, welchen beide in Gemeinschaft mit den Regierungen von Frankreich, Großbritannien, Rußland und Schweden 1852 in London mit der Krone Dänemark abgeschlossen haben, nachdem die Vorbedingungen desselben durch Verhandlungen mit Dänemark im Lauf der Jahre 1851/52 festgesetzt worden waren. Beide allerhöchste Regierungen fassen die Gesamtheit dieser Bedingungen als ein untrennbares Ganzes auf, welches durch den Londoner Vertrag seinen Abschluß erhalten hat. Nachdem der Fall, welchen dieser Vertrag im Auge hatte, nunmehr eingetreten ist, sind beide allerhöchste Regierungen zur Ausführung des Vertrags bereit, wenn die Krone Dänemark ihrerseits die vorgängigen Verhandlungen ausführt, deren Verwirklichung eine Voraussetzung der Unterzeichnung des Londoner Vertrags durch Preußen und Oesterreich bildete. Die Succession in Lauenburg steht dem König Christian nach Ansicht

beider allerhöchster Regierungen auch dann zu, wenn der Londoner Vertrag hinsichtlich wird, nachdem der nächstberechtigte Erbe weiland König Friedrich's, der Prinz Friedrich von Hessen, seine Rechte auf König Christian übertragen hat. Die Zulassung des vom König von Dänemark für Lauenburg ernannten Gesandten in dem Maße, wie die Vertreter der einzelnen Bestandtheile stimmberechtigter Kurien zur Theilnahme an den Sitzungen berechtigt sind, erscheint daher nicht ansehbar. Für Einräumung des auf der Gesamtkurie Holstein und Lauenburg ruhenden Stimmrechts aber vermögen beide allerhöchste Regierungen nur dann zu votiren, wenn der König Christian diejenigen Zusagen erfüllt, im Vertrauen auf welche beide Mächte den Londoner Vertrag, welcher ihnen gegenüber den Successionstitel des Königs in Holstein bildet, angenommen haben.

In der nämlichen Sitzung der Bundesversammlung legte der Gesandte Dänemarks eine Vollmacht von Anhalt wegen Lauenburgs vor, sowie die Anzeige, daß Anhalt alle Ansprüche auf Lauenburg geltend mache und den Schutz des Bundes dafür beanspruche. Wurde an den Ausschuss verwiesen. — Hierauf brachte der l. sächsische Bundestags-Gesandte den vom Staatsminister v. Beust in den sächsischen Kammern angekündigten Antrag ein und verband hiermit die Erklärung, daß Sachsen zu größter Truppenstellung hierbei bereit sei. Der Antrag selbst, welcher ebenfalls an den Ausschuss verwiesen wurde, lautet nach dem „Dresden. Journ.“:

In Erwägung: daß die zu Lebzien weiland Sr. Maj. König Friedrich's VII. von Dänemark, Herzogs von Holstein-Lauenburg, eventuell beschlossene Bundeserelution für das Bundesland Holstein sämtliche Stadien der vorbereitenden bundesmäßigen Befandlung durchlaufen hat, daß es nur noch eines Beschlusses bedarf, um die zu deren Vollziehung nöthigen Anordnungen in Vollzug zu setzen;

daß inmittelst, in Folge des Ablebens Sr. Maj. König Friedrich's von Dänemark, bezüglich der Erbfolge in den Herzogthümern Holstein und Lauenburg eine streitige Frage dem Bund zur Erledigung vorliegt, indem gemäß der durch den Londoner Vertrag vom 8. Mai 1852 für die Gesamtheit der, damals die dänische Monarchie bildenden Länder festgesetzten Erbfolge Prinz Christian von Schleswig-Holstein-Glücksburg den dänischen Thron bestiegen hat, dagegen jedoch von Seiten eines Agnaten Erbansprüche auf die Herzogthümer Schleswig-Holstein erhoben worden; daß der Bund dem obigen Vertrag d. d. London, 8. Mai 1852 zur Zeit nicht beigetreten und berufen ist, über die rechtlichen Ansprüche gedachter Agnaten Entscheidung zu lassen;

daß es unter solchen Umständen die Würde und das Ansehen des Bundes erheischen, den zu fassenden Beschlüssen die volle Geltung zu sichern und jede derselben vorgehende Handlung fernzuhalten, wolle die hohe Bundesversammlung beschließen:

„Es sei bis zu dem möglichst zu fördernden Austrag der Sache die Zulassung eines Abgeordneten Sr. Maj. des Königs von Dänemark zu den Verhandlungen der Bundesversammlung nicht für statthaft zu erachten, auch von dem Entgegennehmen von Beglaubigungsschreiben eines königl. dänischen Abgeordneten als Mitglied der Bundesversammlung abzulehnen.“

Es seien unverzüglich die nöthigen Anordnungen zu treffen, damit das für Holstein bestimmte Exekutionscorps mit der den Umständen entsprechenden Verstärkung in Holstein und Lauenburg einrücke, um diese Bundesländer bis zu dem Zeitpunkt besetzt zu halten, wo der Bund sich in der Lage sehen wird, dem von ihm als rechtmäßig anerkannten Nachfolger in gedachten Herzogthümern legtegedachte Bundesländer zu eigener Verwaltung zu übergeben.“

Hessen-Darmstadt brachte einen Antrag ein auf Fortsetzung der Exekutionsmaßregeln, mit dem Erbieten, seinerseits Truppen zur Reserve aufzustellen.

**Frankfurt, 29. Nov. (Fr. Z.)** Aus der gestrigen Bundestags-Sitzung ist hinsichtlich der Theilnahme des bisherigen königl. dänischen Gesandten noch mitzutheilen, daß von Oldenburg und anderen Seiten entschieden dagegen protestirt wurde, daß derselbe in der Mitte der Bundesversammlung erscheinen dürfe, bevor er als Vertreter Holsteins und Lauenburgs legitimirt und seine Legitimation vom Bunde anerkannt sei, und daß Oldenburg insbesondere nachdrücklich erklärte, daß die Auslassung, welche der nicht legitimirte in der vorigen Sitzung sich erlaubt hatte, es sei der Großherzog von Oldenburg dem Londoner Traktat beigetreten, in der Wahrheit nicht begründet sei.

Wie aus einem Telegramm des „Dresd. Journ.“ hervorgeht, hat der Gesandte Oldenburgs in der letzten Bundestags-Sitzung eine Vollmacht von Anhalt wegen Lauenburgs vorgelegt, sowie die Anzeige gemacht, daß Anhalt alle Ansprüche auf Lauenburg geltend mache und den Schutz des Bundes dafür beanspruche.

**Frankfurt, 28. Nov.** Man schreibt der „Köln. Ztg.“: Gestern ist an den englischen Gesandten Sir Alexander Malet in der schleswig-holsteinischen Frage eine englische Depesche des Grafen Russell vom 24. d. M. eingetroffen, welche derselbe den Bevollmächtigten Oesterreichs, Preußens und Bayerns sofort zur Kenntniznahme vorgelesen hat. Der englische Minister erklärt in diesem Schriftstück, daß die Unterstufung, welche die Erbansprüche des Erbprinzen von Augustenburg auf das Herzogthum Holstein seitens mehrerer deutschen Regierungen am Bunde gefunden, die Aufmerksamkeit des englischen Kabinetts erregt hätte. Graf Russell beileide sich daher, Sir Malet von der Auffassung der Ansicht Ihrer Britannischen Majestät in dieser Angelegenheit zu unterrichten. Sie werde treulich die Bestimmungen des Vertrages vom 8. Mai 1852, nach welchem dem König Christian IX. von Dänemark das Erbrecht auf alle damals unter der Krone Dänemark vereinigt gewesenen Gebiete zustehen, beobachten. Die englische Regierung erwarte, daß alle diejenigen, welche den angeführten Vertrag unterzeichnet hätten oder demselben beigetreten wären, dieselbe Auffassung theilen würden. [Von einer Drohung mit der englischen Flotte, von welcher ein Londoner Telegramm vom 28. v. M. aus unbekannter Quelle sprach, wäre sonach — wie man sieht — in diesem Aktensück keine Spur zu entdecken.]

**Frankfurt, 1. Dez.** Die auf heute erwartete außerordentliche Sitzung des Bundestags hat nicht stattgefunden. Die nächste Sitzung wird also, wie gewöhnlich, am Donnerstag statthaben.

Die neuliche Verschiebung der Bundestags-Sitzung hatte, wie wir vernehmen, ihren Grund nicht in der mangelnden Instruktion für Hrn. v. d. Pfordten — welcher im Gegentheil längst über die Stellung seiner Regierung zur Sache unterrichtet und zu entschiedenem, raschem Vorgehen angewiesen sein soll —, sondern lag an den beiden Großmächten, welche noch am Freitag über die Feststellung ihres gemeinschaftlichen Votums verhandelten. Dasselbe geht dem Vernehmen nach in seiner wesentlichen Fassung von Berlin aus. Bei dem sonstigen Charakter dieses Votums ist die Offenhaltung einer Hinsichtlichkeitsklärung des Londoner Protokolls immerhin nicht ohne Anerkennung in hiesigen Kreisen geblieben. Dagegen wird um so mehr die darin enthaltene Deduktion des angeblich unbezweifelten Rechts Dänemarks

## \* Kg. Die gelbe Schleife.\*

(Fortsetzung aus Nr. 280.)

Die Familie hatte sich nicht immer so leidlich verhalten. Des jüngsten ältesten Sohn, ein junger Mann von feurigem Sinn und Wesen, hatte an dem letzten unheilvollen Aufstand der Polen Theil genommen und war in Gefangenschaft an seinen in der Schlacht bei Sitoulka erhaltenen Wunden gestorben. Seine junge Wittve war ihm bald in das Grab nachgefolgt und hinterließ ihre beiden Kinder, Felix und Maria, jenen als Säugling, diese als achthähriges Mädchen, der Ob- sorge der Großeltern. Der zweite Sohn aber, der lange als Verbann- ter von Land zu Land gewandert war, war fern von der Heimath und von den Angehörigen gestorben. Das waren lauter längst vergangene Dinge, und — wenn auch immer noch beaufschlagt, hatten die Les- zinski's bei Hof sich huldvollen Lächelns zu erfreuen. Ihre Gesellschaften und Gastmähler gehörten zu den glänzendsten St. Petersburgs, und besonders fanden die dort wohnhaften Fremden die freundlichste Auf- nahme.

Maria Leszinska war ein schönes Mädchen, mit prächtigem schwarzem Haar, in der ersten Blüthe einer Lieblichkeit, die in späterer Zeit zur stolzen Stattlichkeit einer Königin sich auszubilden verhielt; gerade da- mals aber war sie ein helläugiges junges Wesen, einfach und offen im Benehmen und mehr einer englischen Jungfrau gleich, als den matten, gealterten russischen Frauenlein um sie. Ja, Maria, wie der geschickteste Kopf des Hauses, war auch das vollstimmlichste fühlende Herz desselben. Es war ihr Stolz, eine Polin zu sein; sie liebte, polnische Lieder zu singen, polnische Geschichten zu hören; und mir gedenkt noch ihr artiges Schmolzen, halb betäubt, halb trotzig, als die Großmutter ihr un- bedingt verbot, auf dem Maskenball der Kaiserin in der hohen Mütze, der Sammetjacke und der goldverzierten Weste des alten Sarmaten- müssers zu erscheinen.

Kein Wunder, daß ich — im Leszinski'schen Palast auf Grund eines

in längstvergangenen Tagen zwischen dem alten Fürsten und einem Verwandten von mir bestandenem, einigermaßen vertraulichen, Verhält- nisse so herzlich aufgenommen — mich durch die schöne Polin lebhaft angezogen, ja innig gefesselt fühlte, eher aber ein Wunder, daß meine Bewerbung die Gutheißung von Maria's Großeltern und sonstigen Verwandten fand. Für keinen Attagé, selbst in ganz leidlich günstigen Vermögensverhältnissen, nach dieser Hand zu streben, würde in den meisten Fällen als ein eitles Bemühen gegolten haben, denn selbst in Noth und Gefangenschaft gibt's keinen stolzeren Adel als den pol- nischen, und eine Leszinska mochte, so viel mir bekannt, mit Grund eine Verbindung mit einem Mann von weit glänzenderem Rang, als dem meinigen, sich erwarten. Freilich war, was nicht zu vergessen, Maria keine reiche Erbin, denn die Güter waren strenges Fideikommiß, und ich galt als der nächste Erbe eines bedeutenden Grundeigentums in England. Was nun auch die Ursache war — so stand die Sache. Man betrachtete mich im Hause als wirklich mit Maria verlobt. Ein förmlicher Verspruch hatte nicht stattgefunden, noch weniger war irgend eine Zeit zu unserer Heirath festgesetzt worden, welche die Fürstin ohne- hin auf ein oder zwei Jahre wegen ihrer Enkelin Jugend und weil sie selbst sich ungern von ihr trennte, zu verschleppen wünschte; doch war die Sache kein Geheimniß.

Und Maria? Mit meinem besten Willen, ruhig und eifrig das Vorgegangene zu erzählen, bin ich selbst jetzt, im Rückblick in jene ferne Zeit, noch im Ungewissen über ihre Gefühle. Zuwider war ich ihr sicherlich nicht. Sie hatte bloß, mit einem schätzbaren Erdröthen und Lächeln, die Augen niedergeschlagen, als die alte Fürstin sie mich als ihren künftigen Gatten betrachtete. Ihre Lippen hatten freilich die so gegebene stillschweigende Einwilligung nicht noch bestätigt, doch wird auch Das auf dem Festland und besonders in einer so hohen Rangstellung nicht erwartet.

Glioka, irgendwie mit der Fürstin verwandt und auf dem Leszinski'schen Entschloß in Polen erzogen, war oft in dem Familienkreise zu

treffen und dort immer willkommen. Er war, früh verwaist, ein Wun- der des alten Belmanns gewesen und wurde von dem greisen Fürsten- paar mit einer Rücksicht behandelt, die wohl größtentheils das Ergebnis der Gewohnheit sein mochte. Es ließ sich nichts Ungleicheres denken, als des gewesenen Vormunds Sinnesart und die seines früheren Pflög- besohlens. Der freundliche weißhaarige Herr des Hauses hatte ein weiches behagliches Gemüth, das unangenehm oder peinlichen Ge- sprächen und Verhandlungen auswich, und einen beschränkten, wiewohl gebildeten, Verstand. Er war viel gereist, hatte viele ausländische Freunde und erinnerte sich gern an freundschaftliche vertraute Verhält- nisse, in denen er einst mit den geistreichen Köpfen und Staatsmän- nern des Westens stand. Sein Briefwechsel, seine französischen Romane und seine merkwürdige Sammlung seltener Münzen füllten seine Ruhe voll aus. Der Chevalier dagegen war ruhig und sinnig, ziem- lich schweigsam, aber augenscheinlich nicht aus Mangel an Gedanken. Sprach er, so geschah es stets in wohlgeordneten Worten und mit einer gewissen verhaltenen Stut und Verehrsamkeit, die von großen, nur der Entwicklung bedürftigen, Kräften Zeugniß gaben.

Auf welchem Fuß er mit Maria Leszinska stand, darüber konnte ich nie recht in's Reine kommen. Sie waren Better und Bafe. Maria hatte sich, als Kind, daran gewöhnt, zu dem schlanken, viel älteren und klügeren Gespielen, als sie, emporzuschauen — nichts natürlicher also, als daß sie ein gleiches geschwipferliches Verhältniß fortgesetzt hätten. Allein Glioka schien mir seine reizende Bafe eher zu meiden, als nicht, und Maria erwähnte selten seinen Namen. Es gab indessen Zeiten, wo ich mich des durchzitternden Gefühls eines eifersüchtigen Verbachis nicht erwehren konnte, wenn in mir die unbestimmte Vorstellung auf- dämmerte, als sei diese anscheinende Gleichgültigkeit, von Glioka's Seite jedenfalls, bloße Verstellung. Doch solche Eindrücke verfliegen immer wieder und vermochten nicht lange meine innere Ruhe zu stören.

(Fortsetzung folgt.)

auf Lauenburg aus dem alleinigen Verzicht Friedrich's von Hessen kritisiert.

**Frankfurt, 29. Nov. (Fr. P. Ztg.)** Gestern und vorgestern hat in dem „Ruffischen Hofe“ eine Versammlung von Häuptern fürstlicher und gräflicher Häuser stattgefunden. Anwesend waren der Fürst von Fürstenberg, die Fürsten Hohenlohe-Waldenburg, Hohenlohe-Schillingfürst, Hohenlohe-Langenburg, die Grafen Solms-Laubach, Pappenheim, Schönborn und Ortenberg. Ueber die Verhandlungen dieses Fürstentags wird strenges Stillschweigen beobachtet. Höchst wahrscheinlich ist die Vermuthung, daß man über gemeinsame Schritte Berathung gepflogen, welche zu thun sind, um bei der in Aussicht stehenden Bundesreform den Mediatisirten eine Stimme in der Bundesversammlung zu sichern. Nach dem Schlusse der Berathungen wurde ein gemeinsames solennes Diner eingenommen. Heute Morgen sind sämtliche Theilnehmer der Versammlung abgereist.

**Erbach-Ulm, 30. Nov. (A. Z.)** Die Generalversammlung des großdeutschen Vereins für Württemberg beschließt: 1) Der Kammer der Standesherren und der Kammer der Abgeordneten für Württemberg den Dank des Vereins für ihr entschiedenes, den edelsten Wünschen der deutschen Nation entsprechendes Auftreten zum Schutz der Rechte Schleswig-Holsteins auszudrücken und zugleich das Bedauern auszusprechen darüber, daß die Durchführung der Reformakte, deren Annahme die Wahrung der Rechte und Interessen Deutschlands wesentlich fördern würde, noch nicht erfolgt ist; 2) dem Gemeinderath von Wien für die Erlassung seiner Adresse an den Kaiser Franz Joseph zu Gunsten der Rechte Schleswig-Holsteins die freudige Anerkennung des Vereins zu bezeugen; 3) dem legitimen Fürsten von Schleswig-Holstein, Herzog Friedrich, nach den Kräften des Vereins Geldmittel zur Verfügung zu stellen und Sammlungen zur Unterstützung seiner gerechten Sache bei allen Freunden des großen einigen und freien Vaterlandes ohne Unterschied der politischen Gesinnung zu veranstalten.

**Kassel, 29. Nov.** Wie aus einer Aeußerung des offiziellen Blattes in der Frage der deutschen Herzogthümer hervorgeht, gehört auch die kurhessische Regierung zu denjenigen, welche dem Londoner Protokoll „vertrauensvoll“ beigetreten sind. Die „Kass. Ztg.“ schreibt:

Wir wiederholen, daß unter den obwaltenden Umständen die Ausführung der Exekution durchaus nicht als eine Anerkennung Christian's IX. als Herzog von Schleswig-Holstein aufgefaßt werden kann, und daß die Entscheidung der Erbfolgefrage einer erst im Schoße der Bundesversammlung abzuschließenden Prüfung vorbehalten bleiben muß. Fällt diese Prüfung, deren Beschlusseignung, soweit die Schwere der hierbei in Betracht kommenden Momente solche gestattet, sich von selbst versteht, zu Gunsten der Ansprüche des Erbprinzen von Augustenburg aus, so wird das deutsche Volk nicht zweifeln dürfen, daß seine Fürsten der Verwirklichung seiner Wünsche ihre Macht leihen werden. Insbesondere dürfen wir die Ueberzeugung aussprechen, daß alsdann auch unsere Regierung, ungeachtet ihrer Theilnahme an dem Londoner Protokoll, dessen Unterzeichnung von ihr selbstverständlich nur unbeschadet der Rechte Dritter, und in der Voraussetzung, daß diese zur Verwirklichung vermocht werden können, erfolgte, nicht die letzte sein wird, um mit allen Kräften für die Geltendmachung von Ansprüchen einzutreten, welche auf einem Prinzip beruhen, das sie von jeher als die Basis und oberste Richtschnur ihrer Politik nach innen wie außen betrachtet hat.

**Koburg, 29. Nov. (Fr. Z.)** So eben fand auf dem Rathhaus eine von dem Magistrat und der Stadtverordneten-Versammlung berufene, sehr zahlreich besuchte Volksversammlung statt. Die Vorschläge des Komitee's wurden nach einer eingehenden Begründung Seitens des Stadtverordneten Dr. Eberhard in folgender Weise angenommen:

1) Die Versammlung erklärt: Deutschlands Ehre erheischt, das Recht Schleswig-Holsteins auf Selbständigkeit zur vollen Geltung zu bringen. Jeder deutsche Mann muß daher mit allen Kräften auf des Herzogs Friedrich's Einsetzung hinarbeiten. 2) Die Versammlung drückt Er. Hoheit dem Herzog und der herzoglichen Staatsregierung für deren patriotisches Vorgehen ihre Anerkennung aus und hegt die Erwartung, daß dieselbe auch weiterhin für Geltendmachung der Rechte wirken werde. 3) Die Versammlung beschließt die Einrichtung einer Selbstbesteuerung für Schleswig-Holsteins Befreiung, und beauftragt 4) einen Volksauschuß mit der Einleitung weiterer Maßregeln.

Zum Schluß theilte Handlungskommiss Nett, als Vorstand der Turngenossenschaft, mit, daß sich in hiesiger Stadt zur Befreiung Schleswig-Holsteins seit gestern ein 50 Mann starkes Freikorps gebildet habe, das seine Waffenübungen bereits beginne und zur eifrigen Theilnahme auffordere.

**Koburg, 30. Nov.** Dem „Nürnb. Corr.“ wird berichtet, die H. v. Bennigsen und Fries hätten dem Herzog von Schleswig-Holstein im Austrag des Nationalvereins-Ausschusses die vorhandenen Flottengeländer zur Verfügung gestellt, und der Herzog habe das Anerbieten angenommen. Die „Südd. Ztg.“ kann diese Nachricht als vollständig ungegründet bezeichnen; der Ausschuß hat über die erwähnten Gelder bis jetzt nichts Weiteres bestimmt, als was aus seinem Aufruf vom 24. Novbr. zu ersehen ist.

**Gotha, 30. Nov.** Im Augustenburger Palais, wo der Herzog von Schleswig-Holstein zur Zeit verweilt, herrscht das regste Leben. Die Bureaus der einzelnen Abtheilungen sind in angestrengtester Thätigkeit, welche bis in die Nacht währt. Unaufhörlich kommen und gehen telegraphische Depeschen; die Drähte Gotha's waren vielleicht nie so stark in Anspruch genommen. Schleswig-Holsteiner aus allen Ständen, Abgesandte an die einzelnen Höfe, Gutsbesitzer, Beamte, Offiziere der früheren Armee reisen zu und ab. Der letzte Ankömmling ist Graf Luckner auf Schulenburg bei Dessau, der die Heimath verlassen mußte, weil er die Dienstpflichtigen seines Bezirks den Dänen entzogen und über die Grenze geschafft hatte, wofür ihm die Dänen sein Gut mit Militär besetzt haben.

**Weimar, 27. Nov. (Weim. Ztg.)** In der heutigen Gemeinderath's-Sitzung ist der Antrag des Gemeindevorstands:

eine gemeinschaftliche Kommission der Gemeindebehörden einzusetzen, welche die Aufgabe hat, die Angelegenheit der Herzogthümer durch Anträge an die Staatsregierung, durch Verbindung mit andern Städten Deutschlands, durch Sammlungen außerordentlicher Beiträge, durch Bildung oder Unterstützung von Freiwilligenkorporationen oder in sonstiger Weise zu fördern, und der weitere Antrag: dieser Kommission für den Fall des Bedürfnisses zur Erreichung des vorerwähnten Ziels ein Kreditvotum bis zu 10,000 Thaler zu eröffnen, zum Beschluß erhoben worden.

**Hannover, 29. Nov. (Fr. Z.)** Hier hat sich ein Ausschuß für die Vertheidigung der Rechte Schleswig-Holsteins gebildet, der in den heutigen Extrablättern unserer Zeitungen einen Aufruf erläßt. — Die Beurlaubten der nach Schleswig-Holstein bestimmten vier Linien- und der zwei Jägerbataillone sind, dem „Sourier“ zufolge, gestern einberufen. Die Linieninfanterie-Bataillone werden dadurch auf eine Stärke von 787 Mann gebracht; jedes Kavallerieregiment hat 408 Mann und 455 Pferde. Die beiden Kavallerieregimenter führen also 816 Mann und 910 Pferde. Mit der Sanitätskompagnie, der Pionnierekompagnie, der Proviantkolonne, dem Stab der Armeebrigade stellt sich eine Gesamtsumme von 6951 Mann und 2377 Pferden heraus. Generalmajor v. d. Kneisebeck wird jetzt die Infanteriebrigade kommandiren. — Der akademische Turnverein zu Göttingen hat beschlossen, falls das Vaterland ruhe, mit den Waffen in der Hand für dasselbe einzustehen.

**Aus Göttingen, 30. Nov.,** geht uns folgender Aufruf zu:

Der vom Ausschuß des Nationalvereins eingesetzte Hilfsausschuß für Schleswig-Holstein ist am heutigen Tag in Göttingen zusammengetreten. Er ist gebildet aus den Mitgliedern v. Bennigsen, Brater, Fries, Weg, Miquel, Schultze-Delitzsch, Streit. Alle Zuschriften an denselben sind nach Göttingen unter der Adresse des Obergerichtsanwalts Miquel zu richten.

Wir wenden uns nun an das gesammte deutsche Volk mit der Aufforderung zur thätigen Hülfeleistung. Vor allen Dingen bedarf es bedeutender Geldmittel. Schon jetzt sind in Folge der dänischen Vergewaltigungen gegen die treuen schleswig-holsteinischen Beamten zahlreiche Unterstützungen nöthig geworden. Jeder Tag kann neue Ereignisse und neue Opfer derselben bringen.

Wald kann es gelten, für eine zweite schleswig-holsteinische Armee bedeutende Summen zu verwenden. Diese müssen ohne Verzug herbeigeschafft werden. Mögen in ganz Deutschland die Sammlungen sofort beginnen, mögen sich überall, wo dies noch nicht geschehen ist, Komitees oder Vereine bilden, welche es sich zur Aufgabe machen, neben einmaligen größeren Beiträgen regelmäßige und dauernde Zuschüsse zu geben.

Jeder Deutsche wird sich sagen, daß die Nation in unauflösliche Schmach und Schande versinken muß, wenn die Brüder in Schleswig-Holstein dem Ausland preisgegeben werden. Jeder Deutsche mühte erdichten, nicht Alles, was an ihm ist, gehen zu haben, die Nation vor einer so schmachvollen Niederlage zu bewahren.

Nicht Geld allein, auch rüstige Arme fordert das Vaterland. Nicht zwar ist der Augenblick nicht gekommen, ein Volksheer für die Befreiung der Herzogthümer zu bilden. Noch dürfen wir nicht daran verweilend, daß die deutschen Regierungen ihre nationale Pflicht erfüllen werden. Doch wissen wir nicht, ob und wie weit der Deutsche Bund die Rechte der Herzogthümer und ihres rechtmäßigen Herzogs zur Geltung bringen wird.

Die Nation aber ist entschlossen, um keinen Preis zurückzuweichen.

Es kann sich nicht darum handeln, ungeordnete Freizügigen in die Herzogthümer zu werfen und leichtfertig einem sichern Untergang entgegenzuführen, zum Ruin der Sache selbst, für welche sie kämpfen sollen. Aber vorbereitet muß das deutsche Volk sein, ein schleswig-holsteinisches Heer durch Mannschafft, Führer und Waffen zu unterstützen. Wohlan, rüsten wir uns, auf daß, wenn der Augenblick zum Handeln gekommen ist, die deutsche Jugend kampfbereit zu den Waffen greifen kann.

Die vielleicht nur sehr kurze Zwischenzeit möge sie benützen zur Uebung in den Waffen und zur lastigen Ausbildung.

Um den Fortgang dieser Bewegung, die vorhandene vaterländische Gesinnung und die Bereitwilligkeit zum Kampf für das Recht der Herzogthümer übersehen zu können, ist es erforderlich, daß wir durch Mittheilungen aus allen Theilen Deutschlands über das an jedem Ort Geschehene in Kenntniß gesetzt werden.

Unser Aufruf wendet sich an alle Deutsche ohne Unterschied der Parteilichkeit, namentlich an alle Volkssomitees und Vereine. Wir selbst sind entschlossen, dieses große nationale Werk unabhängig von allen Parteilichkeiten zu behandeln und zu fördern, soweit unsere Kraft reicht. Wir sind bereit, Vertreter anderer Parteilichkeiten in unsern Ausschuß aufzunehmen, sofern sie mit uns für das ganze volle Recht der Herzogthümer einzutreten gelassen sind.

Aber vor Allem ist es von höchster Wichtigkeit, daß ein fester einheitlicher Mittelpunkt der Bewegung vorhanden sei, und dieser Nothwendigkeit, glauben wir, muß jede andere Rücksicht sich unterordnen. Wir werden fortlaufende Nachrichten über die eingelaufenen Gelder veröffentlichen. Mögen die Leistungen, über die wir zu berichten haben, der Bedeutung des Augenblicks entsprechen. Nie mehr läßt sich nachholen, was Deutschland heute verliert.

Göttingen, den 29. Nov. 1863. Der schleswig-holsteinische Ausschuß des deutschen Nationalvereins. R. v. Bennigsen, Vorsitzender.

**Aus Holstein, 28. Nov. (Fr. P. Ztg.)** Gestern fand auf Berufung der fortwährenden Deputation eine Versammlung der schleswig-holsteinischen Prälaten und Ritterschafft statt, deren Gegenstand die Frage der legitimen Erbfolge in den Herzogthümern bildete. Dem Vernehmen nach hat die Ritterschafft beschlossen, einstweilen weder König Christian IX. von Dänemark, noch Herzog Friedrich von Augustenburg als Herrn dieser Lande anzuerkennen, sondern sich ähnlich, wie die Stände, mit einem Gesuch um Wahrung der Rechte der Herzogthümer an den Bund zu wenden. — Das Bureau des schleswig-holsteinischen Vereins, das gestern auf Anhalten Dänemarks von der Hamburger Polizei geschlossen ward, ist kein Werdebureau. — Hier gehen Gerüchte von Unruhen, die gestern oder an einem der vorhergehenden Tage in Kopenhagen stattgefunden haben sollen. Näheres ist nicht bekannt. Die bereits auch von Hamburger Blättern gebrachte Nachricht der „Berling. Ztg.“, daß die englische

Kanalflotte in der Ostsee erscheinen werde, betrachtet man bis auf Weiteres als eine Ente.

**Kiel, 26. Nov.** Von hier geht eine Huldigungsadresse mit zahlreichen Unterschriften an den Herzog Friedrich. Es heißt darin:

Auch wir haben die Ueberzeugung, daß das Recht unseres angefallenen Fürsten und das Recht unseres Landes eins ist. Auch wir vertrauen, daß dieses Recht zur vollen Geltung gelangen werde. Und eingedenk unserer Pflicht, das unveräußerliche Recht unseres Landes, so weit an uns liegt, zu wahren, geloben wir uns zu dem Rechte des Landes und zu dem Rechte des Hauses Sw. Hoheit unerschütterlich zu stehen. Möge der Augenblick bald kommen, wo wir unser Wort durch die That einzulösen vermögen etc.

Die Beamten, welche sich weigern, den Eid zu leisten, berufen sich meist auf die abzuwartende Entscheidung des Bundesstages. Von den Mitgliedern des hiesigen Oberappellationsgerichts haben Buchardi, Malinros, Presh, Fontenay nicht geschworen.

**Berlin, 30. Nov.** Die offiziöse „Nordb. Allg. Ztg.“ schließt einen in mannigfacher Beziehung bemerkenswerthen Artikel mit folgenden Worten:

Indem der König Christian IX. die Verfassung vom 13. Nov. angenommen hat, hat er die Bedingungen des Londoner Vertrages in diesem Punkte selbst aufgehoben. Er hat daher auch alle Fragen, welche aus der Nichterfüllung des Vertrages seinerseits hervorgehen können, zu tragen. Preußen als Glied des Deutschen Bundes hat das Recht und die Pflicht mitzuwirken, daß die Rechte der Bundesglieder nicht beeinträchtigt werden; Preußen ist aber als Großmacht und als Mitunterzeichner des Londoner Protokolls berufen, zur Erhaltung des europäischen Gleichgewichts mitzuwirken. Wenn es nicht dulden wird, daß man den mit ihm eingegangenen Verpflichtungen Hohn spreche, so wird seine Regierung sich auch nicht durch eine wilde Demagogie, die sich mit dem Namen einer nationalen Begeisterung maskirt (!), zu Schritten antreiben lassen, welche den Staat in Gefahr bringen, ohne ihm entsprechende Vortheile in Aussicht zu stellen.

Wie man hört, wird das österreichische Bundeskontingent 15,000 Mann stark sein und von dem Grafen Clam-Gallas befehligt werden. — Der Mobilmachungsbeehl für die 6. und 13. Division soll heute früh noch nicht vollzogen gewesen sein, doch erwartete man die Unterzeichnung stündlich. Es werden bereits einige Reservemänner eingezogen, doch nur wenige, welche zu Pferdewärtendienst bei den aufzukaufenden Pferden verwendet werden.

**Wien, 23. Nov. (Ostb. Post.)** In den Berathungen des Finanzausschusses über das Kriegsbudget kam gestern Abend auch auf die schleswig-holsteinische Angelegenheit die Rede. Abg. Eiselberg richtete nämlich an den Grafen Rechberg die Frage, ob es wahr sei, daß 15,000 Mann nach Norddeutschland zu rücken bestimmt seien; auf eine ausweichende Antwort des Ministers wiederholte Dr. Giskra die Frage in bestimmter Weise. Graf Rechberg antwortete hierauf:

Er könne über die Zahl der zum eventuellen Ausmarsch bestimmten Truppen keine bestimmten Erklärungen abgeben. Zur Zeit, wo der verstorbenen König von Dänemark regierte, sei in Folge Bundesbeschlusses eine Exekution in Holstein angeordnet worden, wobei die von Oesterreich zu stellende Reserve auf 6000 Mann bestimmt war. Man hatte jedoch Dänemark noch einen Präklusivtermin gestellt, um den Bundesansprüchen zu entsprechen; dieser sei abgelaufen und die Bundesexekution würde daher selbstverständlich stattfinden. Nun aber sei durch den Tod Friedrich's VII. und die Thronbesteigung Christian's IX. die Position eine viel verwickeltere und ernstere geworden. Wenn früher kaum zu erwarten stand, daß die deutschen Truppen, die in Holstein einzumarschiren haben, Widerstand finden werden und die Reserven von 6000 Mann Oesterreicher und eben so vielen Preußen ausreichend erschienen, so sei das jetzt anders. Der Bund werde in den nächsten Tagen seine Beschlüsse in der Frage der Herzogthümer fassen, und bevor dieselbe stattgefunden, ließe sich über die Zahl der zur Ausführung des Bundesbeschlusses nöthigen Truppen nicht bestimmen sagen.

Abg. Szabell erklärte hierauf, er begreife nicht, wach ein kriegerischer Geist plötzlich vorwalte. Oesterreichs Finanzen gestatten keinen Krieg; es müßte sich auf sich selbst beschränken; für Jden dürfe Oesterreich keinen Krieg führen, die Beschlüsse einer außerordentlichen Versammlung könne Oesterreich nicht als maßgebend für sich betrachten; es soll sich ein Beispiel an England nehmen; Oesterreich dürfe nur einen Verweigerungskrieg führen. Abg. Prinz trat dieser einseitigen Auffassung mit der Hinweisung auf das deutsche Bundesrecht entgegen und sprach mit warmen Worten für ein Zusammengehen Oesterreichs mit dem übrigen Deutschland. Abg. Kuranda betonte die politische Stellung Oesterreichs, dessen Grenzen nicht dort zu Ende gehen, wo der letzte schwarz-gelbe Pflock eingeschlagen sei; Oesterreich sei auch in Deutschland, wie Deutschland in Oesterreich sei. Er bestreite, daß irgend ein Staat, der auf stilligen Gehalt Anspruch macht, nicht zur Noth auch für eine Idee einstehen müsse. Auch die Ehre sei eine bloße Idee. Welcher Staat könne sich ihrer entschlagen? In Deutschland kann im gegebenen Fall Oesterreich seine eigene Ehre mitvertheidigen müssen. In der vorliegenden Frage handele es sich überdies um positives Recht. Die Abgg. Skeno und Herbs sprachen zur Vermittelung und führten die Diskussion auf ihr ursprüngliches Thema zurück. Nachdem jedoch Abg. Szabell in einer Replik gegen Kuranda und Prinz darauf hinwies, wie schmächtig man deutscher Seite Oesterreich im Jahr 1859 im Stich ließ, antwortete Abg. v. Kaiserfeld mit der Hinweisung auf die Fürstenreise Er. Maj. des Kaisers nach Frankfurt und wie ein ehliches Einsehen für wahrhaft deutsche Interessen die notwendige Konsequenz derselben sei. Hiermit hat diese Episode, bei welcher sehr getheilte Gesinnungen unter den Abgeordneten zum Vorschein kamen, ihr Ende.

Wie aus Innsbruck, so sind auch aus Graz, Brünn und Klagenfurt Depeschen eingetroffen, worin die Gemeindebehörden ihre Zustimmung zu der von dem Abg. Rechberg und Gen. in der schleswig-holsteinischen Sache gestellten Interpellation aussprechen. — Hiesigen Blättern zufolge hat ein Abgesandter des Herzogs von Koburg eine Denkschrift, Schleswig-Holstein betreffend, hier überbracht.

**Wien, 30. Nov. (W. L. B.)** Der „Botenbote“ bemerkt die Gerüchte über ein Ministerwechsel und über angebliche Meinungsverschiedenheit im Schoße des Minister-

riums bezüglich der schleswig-holsteinischen Frage und versichert, die ihren Bundespflichten stets treue kaiserliche Regierung werde den von der Majorität des Bundesstags gefassten Beschlüssen bereitwillig nachkommen.

### Frankreich.

**Paris, 30. Nov.** Heute ist bei Dentu eine anonyme Broschüre unter dem Titel „Kaiser Napoleon III. und der Kongress“ erschienen, welcher man einen halb-offiziellen Charakter beilegt. Man schreibt der Broschüre, vielleicht mit Unrecht, eine größere Tragweite zu, aber sie kann — offiziös oder nicht — nicht ohne Eindruck bleiben. Der Schluss lautet:

Ein Staatsmann von Genie des Kaisers verachtet die Mittel ohne Größe und ohne Offenheit und lässt sich nicht in den Fesseln einer altersschwachen Diplomatie fangen. Wenn die Großmächte sich nicht verständigen wollen oder können und den Kongress unmöglich oder unmäßig machen, wenn sie den einzigen Weg, der zum Frieden führt, verschließen oder sich selbst verschließen lassen, wenn sie — aus Eigensinn, eine zusammenhängende Vergangenheit zu erhalten, — den Weg betreten, der über kurz oder lang unglücklicher Weise zum Krieg führen muß, — dann Krieg um Krieg; Frankreich und der Kaiser haben ein entscheidendes Interesse, daß er beginne, bevor der Eindruck der Rede vom 5. Nov. auf die Völker verwischt sein wird — Krieg um Krieg; Vernunft wie Politik erfordern, daß er auf's Frühjahr erklärt werde.

Daß der Kongress nicht zu Stande kommen wird, darüber scheint man sich keine Illusion machen zu wollen.

Der Kaiser kam heute nach Paris, um dem Ministerrathe zu präsidieren. Nach der Sitzung empfing der Kaiser mehrere Gesandten, namentlich den Nungius und Baron Budberg, welche die Antwortschreiben ihrer Souveräne auf die Kongressladung überreichten; dann den spanischen, den italienischen und den dänischen Gesandten, welche letztere seine neuen Beglaubigungsschreiben übergab, und endlich den General Schlegel, welcher die Thronbesteigung Christian's IX. anzeigte. Um 4 Uhr ist Sr. Majestät nach Compiègne zurückgekehrt. — Der „France“ zufolge wäre es unrichtig, daß der Erzherzog Maximilian die Annahme der mexikanischen Krone von der thatsächlichen Trennung der Nord- und Südstaaten Amerika's abhängig gemacht habe. — Fürst de la Tour d'Auvergne ist heute Morgen in London eingetroffen; man glaubt, daß er im Lauf der Woche von der Königin in feierlicher Audienz empfangen werden wird.

Die Börse war sehr schlecht. Neben Rente und Mobilien wurde namentlich span. Mobilien hart von der Baissa betroffen; dieser Werth fiel bis auf 590! Rente 66.55. Cred. Mob. 1034.50. Ital. Anl. 71.45 mit 25 C. Baissa.

### Rußland und Polen.

**St. Petersburg, 28. Nov. (W. T. B.)** Das „Journal de St. Petersburg“ veröffentlicht einen sehr in's Einzelne gehenden Plan der gegenwärtigen polnischen Revolution. Derselbe ist vom 1. März 1861 datirt und von Mirosławski unterzeichnet, und wurde nach dem Attentat auf den General Berg im Hotel Zamoycki in Warschau gefunden.

**Krafsau, 29. Nov. (Presse.)** Nachrichten aus Warschau, 27. d., melden: Heute sind wieder mehrere Hundert auf der Zitadelle gefangen gehaltene Personen ohne Urtheil, angeblich aus Rücksichten der Sicherheit, nach Sibirien transportirt worden. In Pragaszyn wurde am 24. Cielecki, in Wloclawek der Insurgentenführer Bogusz erschossen. In Czestochau wurde am 27. Merezek gehängt.

### Großbritannien.

**London, 28. Nov. (Indep. Belg.)** Die Regierung hat die bestimmte Hoffnung, daß eine friedliche Lösung in der deutsch-dänischen Frage eintreten werde. — In der London-Tavern hat ein zahlreiches Meeting deutscher Einwohner Londons unter dem Vorhitz des Hrn. Heintzmann stattgefunden; es wurde beschloffen, zu erklären, Schleswig-Holstein sei nunmehr getrennt von Dänemark; das Londoner Protokoll von 1852 müsse als null und nichtig betrachtet werden; es sei die Pflicht Deutschlands, die Unabhängigkeit Schleswig-Holsteins zu vertheidigen. Ein Komitee wurde ernannt, um Freiwilligenkorps zu organisiren.

### Baden.

**Karlsruhe, 1. Dez.** In Folge eines im „Tagblatt“ erschienenen Anrufs versammelte sich gestern Abend im Saale der höhern Bürgerschule eine Anzahl Männer zur Gründung eines „Zweig- und Ortsvereins“ zum Anschluß an den deutschen Protektantenverein. Nachdem auf den Vorschlag des Buchdruckereibesetzers Vogel unter Affirmation der Anwesenden Hr. Geh. Rath v. Stöcker den Vorsitz übernommen hatte, verbreitete sich Hr. Stadtpfarrer Mittel über den Zweck des Vereins. Die Hrn. Geh. Rath Bunschi und Geh. Kirchenrath Notke, welche als Gäste der Versammlung anwesend, erläuterten auf ergangenes Ersuchen gleichfalls verschiedene begügliche Punkte. Darauf erklärte sich die Versammlung einstimmig für den Beitritt zum Verein. Folgte die Beratung der Statuten und die Einzeichnung in die Liste. In Erwartung noch weiterer, zahlreicher Beitrittserklärungen wurde die Wahl des definitiven Ausschusses auf einige Wochen vertagt und das bisherige provisorische Komitee erucht, bis dahin die Geschäfte des Vereins weiter zu führen.

**Karlsruhe, 28. Nov. (Bad. Lndztg.)** Im Maschinenbau-Saale des Polytechnikums versammelten sich heute zweimal über 300 deutsche und deutschgefinnte Polytechniker. In der ersten Versammlung um 12 Uhr, welche unter ungenügender Leitung etwas stürmisch war, forderte ein begeisterter junger Mann seine Kommilitonen zur Bildung eines Freikorps auf, um sich sofort dem Herzog von Schleswig-Holstein zur Verfügung zu stellen. Dieser ersten Versammlung, in der die Wahl eines Ausschusses für diese Sache beschloffen wurde, folgte um 5 Uhr unter Leitung des Ausschusses, bestehend aus den Hrn. Schäffer, Aßermann, Lohmann, Friedrich und Koeper, eine zweite. Hier wurde ein Antrag, betreffend Bildung eines Polytechniker-Vereins, fast einstimmig zum Beschluß erhoben. Etwa 180 Polytechniker haben sich sofort zur Beistellung an den Uebungen bereit erklärt.

**Pforzheim, 29. Nov.** Nachdem die Liste von freiwilligen Kämpfern für die Sache Schleswig-Holsteins bereits über 80 Unterschriften zählte, hatte der Vorstand des hiesigen Turnvereins auf gestern Abend die Turner zu einer Versammlung zu-

sammenberufen und ihnen die Lage des Vaterlandes auseinandergesetzt. Es zeigte sich unter der Jugend alsbald eine große Zahl, die bereit war, wenn es nöthig werden sollte, für die Ehre Deutschlands in den Kampf zu gehen. Um aber keine Veranlassung zu einem übereilten Schritte zu geben, verschob der Turnvorstand die Einzeichnung auf heute. Diese fand nun heute Nachmittag in der Turnhalle statt. Der erste Sprecher, Hr. Bichter, setzte noch einmal die Wichtigkeit des un'ernehmenden Schrittes aus einander und erwähnte Jedem, mit sich wiederholt zu Rathe zu gehen, ob er körperlich tüchtig sei und auch die rechte Begeisterung habe, den Gefahren des Kriegs entgegenzugehen. Alsbald wurde eine neue Liste aufgestellt, in welcher die definitive Unterzeichnung stattfand. Die Zahl der sich Verpflichtenden betrug etwa 100; Mehrere werden noch nachkommen, denen auszugeben ist, den Willen ihrer Eltern zu eingeholen. Unmittelbar nach der Einzeichnung fand die Eintheilung statt, und werden nun die jungen Leute jeden Tag die nöthigen Uebungen machen.

**Pforzheim, 30. Nov.** Hr. Prof. Dr. Eckardt von Karlsruhe wird im Lauf des Winters seine Vorträge über Kunstgeschichte auch hier halten. Bereits haben zwei Vorlesungen vor einem zahlreichen Auditorium stattgefunden. — Seit einer Woche gibt auch die Kunsttreiber-Gesellschaft Hüne in hiesigen Rathhause Vorstellungen, die großen Beifall finden. — In einer auf gestern Abend veranstalteten Abendunterhaltung brachte der hiesige Arbeiter-Verein „Wallensteins-Lager“ zur Aufführung. Derselbe kann, nach Maßgabe der verfügbaren Kräfte, eine recht gelungene genannt werden.

**Heidelberg, 30. Nov.** Dem Hrn. Geh. Rath Dr. Bunsen darüber wurde eine neue Anerkennung seiner Verdienste um die Wissenschaft zu Theil, sowie dafür, daß er seine Stellung an der hiesigen Universität andern glänzenden Anstellungen vorgezogen hat. Gestern stattete ihm eine Deputation des hiesigen Gemeinderaths den Dank der Stadt für sein Hierbleiben ab und überreichte ihm zugleich das Diplom des Ehrenbürgerrechts der Stadt Heidelberg. — An geselligen und kunstgenüßigen hat es bis jetzt in unserer Stadt nicht gefehlt. Außer den schon erwähnten Museen vorträgen von Seiten der Universitätslehrer, die vorgestern durch Hrn. Hofrath Häusser vor einer dicht gedrängten Zuhörerschaft mit einem meisterhaften Vortrag über „Mirabeau“ begonnen wurden, hat auch Hr. Pfarrer Schmeizer von Biegelhausen letzten Mittwoch einen Cyclus von Vorlesungen über deutsche Nationalliteratur vor einem zahlreichen Publikum eröffnet, die an Klarheit und Verständlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen und großen Beifall finden. Auch hatten wir in den letzten drei Wochen nicht weniger als drei Kongerte, in denen ein mehrere Karlsruher Künstler (Die Hrn. Strauß, Hauser, Stolzenberg und Pfister) mit wohlverdientem Beifall aufgetreten sind. Dergleichen sind die Leistungen unseres Stadttheaters unter der Direction des Hrn. Widmann sehr befriedigend und finden durch zahlreichem Besuch die verdiente Anerkennung. — So eben wird daß Adreßbuch der hiesigen Hochschule für das Wintersemester ausgegeben. Hiernach beträgt die Gesamtsumme der Studirenden gegenwärtig 797; hierunter sind 372 Juristen, 95 Theologen, 128 Mediziner, Chemiker und Pharmazeuten, 103 Philosophen und Philosophen, und 29 Kameralisten. Die Ubrigen sind Personen reifen Alters und Chirurgiegehilfen, welche die Vorlesungen besuchen.

**Heidelberg, 1. Dez.** Folgendes ist der Wortlaut der Adresse, welche die hier studirenden Jünglinge aus Schleswig-Holstein an ihren Herzog Friedrich gerichtet haben:

„Durchlauchtigster Herzog! Durch den Tod des Königs Friedrich des Siebenten sind Ew. Hoheit zur Regierung der Herzogthümer Schleswig-Holstein kraft erblichen Rechts berufen.

Der Fanatismus der dänischen Nation, gestützt auf einen Willkürakt der europäischen Diplomatie, wird kein Mittel scheuen, die Ausübung dieses unbestreitbaren Rechts zu verhindern. Das Recht der Dynastie, die Freiheit und Selbständigkeit der Herzogthümer, die Ehre Deutschlands sind auf das höchste gefährdet, wenn nicht ein schneller und wirksamer Widerstand dem Feind entgegentritt.

In dem bevorstehenden Kampf Ew. Hoheit thatsächlich zu unterstützen, ist vor Allem die Pflicht der Schleswig-Holsteiner. Auch die Jugend des Landes ist dieser Pflicht eingedenk; zu jedem Opfer bereit, wird sie dem Rufe Ew. Hoheit folgen und sich um die Fahne des Rechts und der Freiheit schlagen.

Wir Schleswig-Holsteiner, zur Zeit Genossen der Heidelberger Hochschule, fühlen und gedrungen, von dieser Gesinnung Ew. Hoheit Zeugnis abzulegen, in der festen und freudigen Zuversicht, daß die gesammte deutsche Jugend von dem gleichen Entschluß befehle ist. Ew. Hoheit treu ergebene Unterthanen.“ (Folgen die Unterschriften.)

**Wannheim, 1. Dez. (Wannh. Z.)** Nachdem der letzte Termin für die noch unerhobenen Prämien mit dem 1. v. M. umlaufen ist, konnte das Endresultat der Rechnung des ersten badischen Landes-schließens definitiv festgestellt werden; nach dem gestern erfolgten Abschluß ergibt sich ein Defizit von 2395 fl. 38 kr. und wird das Zentral-komitee, da die Mittel der Schließengesellschaft hiergegen nicht ausreichen, es versuchen, die Stadtgemeinde zu dessen Uebernahme zu veranlassen.

**Schwellingen, 30. Nov.** Die Sache Schleswig-Holsteins wird auch hier als eine echt deutsche und für die Ehre und Wohlfahrt des Gesamt Vaterlandes entscheidende mit der wärmsten Theilnahme besprochen. Sie begegnet zugleich, so viel sich wahrnehmen läßt, in allen Kreisen der Opferbereitschaft, die sie von dem vaterländischen Sinne der Bevölkerung in Anspruch nimmt. Die Abhaltung einer größeren Versammlung am hiesigen Orte steht in nächster Aussicht; ein von einer Vorversammlung gewähltes Komitee wird dafür und für die weitem Anregungen in der Sache Sorge tragen. Sollen Erfolge erzielt werden, die des deutschen Namens würdig sind, so muß ein rasches Handeln eintreten und dazu die Wahl solcher Mittel stattfinden, deren bejonnene und thatsächliche Anwendung die Bürgerschaft des Gelingens in sich trägt.

**Waghäusel, 30. Nov. (Wannh. Z.)** In der heutigen Generalversammlung der badischen Gesellschaft für Zuckerraffination wurde die Dividende pro 1863 zu 5 1/2 Proz., für jede Aktie also 27 fl. 30 kr., zahlbar am 2. Januar 1864, bestimmt.

**Schopfheim, 29. Nov.** Vorgestern fand in dem hiesigen Gasthause zu den Drei Künigen wegen der schleswig-holsteinischen Sache eine Versammlung hiesiger Bürger und Einwohner statt. Der neu erbaute geräumige Saal war ganz voll. Nach mehreren Vorträgen wurde einstimmig beschloffen, daß man so bald wie möglich werthvolle Hülfe mitzuleisten bereit sei. Sofort wählte man einen Ausschuss von 9 Männern, welcher noch Andere gutfindlich wählen und in sich aufnehmen könne, sodann aber ein Programm zu entwerfen und einer Hauptversammlung zur Verhandlung und

Beschlußfassung vorzulegen habe. Gestern hat dieser Ausschuss drei weitere Mitglieder gewählt, und wird sich morgen Abend versammeln, um über ein Programm sich zu vereinbaren.

Es hat sich eine allgemeine warme Theilnahme der Bevölkerung unserer Stadt an dieser hochwichtigen Angelegenheit des ganzen deutschen Vaterlandes unverkennbar bekräftigt.

**Billingen, 29. Nov. (Oberh. Kur.)** Heute fand hier im Saale des alten Rathhauses eine von mehreren Hundert hiesiger Männer besuchte Versammlung in Betreff Schleswig-Holsteins statt. Es wurden dabei einstimmig folgende Beschlüsse gefaßt:

1) Wir erklären die Ansprüche des jetzigen Königs von Dänemark, Christian IX., auf die Regentenschaft der Herzogthümer Schleswig-Holstein-Lauenburg für durchaus unberechtigt.

2) Wir anerkennen den Prinzen Friedrich von Sonderburg-Augustenburg als den rechtmäßigen Herzog von Schleswig-Holstein-Lauenburg. 3) Wir erachten es sowohl im Interesse des bisher unterdrückten Erbvolkes, als in Hinsicht auf die Ehre Deutschlands für dringend geboten, daß die deutschen Regierungen durch ihr derzeitiges Organ, den deutschen Bundesstag, den Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein als solchen anerkennen und ihn unverzüglich in seine Rechte einsetzen.

4) In Anbetracht, daß die dem Deutschen Bunde zur Verfügung stehenden Militärkräfte und sonstigen Mittel mehr als hinreichend sind, und den Rechtszustand in Schleswig-Holstein herzustellen, und da es ohnedies eine Ehrensache des Bundes ist, diese Mittel rasch anzuwenden, halten wir es vorerhand für überflüssig, Privatmittel zu diesem Zweck in Anspruch zu nehmen.

Sollten aber, was Gott verhüten wolle, die deutschen Regierungen diese ihre heiligste Pflicht nicht erfüllen, so sind wir gern bereit, alle uns zu Gebote stehenden Mittel aufzubieten, um unseren Brüdern in Schleswig-Holstein zu ihrem Rechte zu verhelfen.

5) Wir fühlen uns verpflichtet, unserm verehrten Großherzog und seiner hohen Regierung für das bisherige thatkräftige Auftreten in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit den innigsten Dank auszusprechen.

6) Es soll ein Ausschuss von 18 Mitgliedern ernannt werden, der, so weit es erforderlich ist, obige Beschlüsse ausführt, und die Vertretung hat, sich durch Beizug von weiteren Mitgliedern zu verstärken.

Bei der hierauf folgenden Ausschuswahl wurden Männer der verschiedensten politischen und religiösen Ansichten gewählt, denn Alle sind einig in dem Willenssinn für die Bewohner Schleswig-Holsteins.

### Badischer Landtag.

**Karlsruhe, 1. Dez.** Die Zweite Kammer hielt heute Vormittag 11 Uhr eine vorbereitende Sitzung, in welcher zunächst Staatsrath Lamey die Versammlung im Namen der großh. Regierung willkommen hieß. Den Vorsitz nahm als Alterspräsident der Abg. Schaffner; als Jugendsekretäre fungirten die Abg. Meyer, v. Roggenbach und Kimmig.

Als Mitglieder der Deputation, welche morgen bei der feierlichen Eröffnung Sr. Königl. Hoheit den Großherzog bei seiner Ankunft im Ständehaus zu empfangen hat, wurden außer dem Bureau durch das Loos die Abg. Presinari, Lamey (Pforzheim), Kirsner, Wenzler, de Haan und Hildebrandt bestimmt.

**Karlsruhe, 1. Dez.** 1. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Donnerstag den 3. Dez., Vormittags 9 Uhr. 1) Anzeige von Eingaben. 2) Vorlagen der großh. Regierung, insbesondere der Wahlakten. 3) Bildung der provisorischen Abtheilungen. 4) Vertheilung der Wahlakten in diese Abtheilungen zur Prüfung derselben und Berichterstattung darüber.

### Vermischte Nachrichten.

**Wien, 27. Nov.** Der Dichter Friedrich Heibel ist vollständig gelähmt; seit mehreren Tagen genießt er keine andere Nahrung, als etwas Milch.

\* Das Hamburger Post-Dampfschiff „Bavaria“, Kapitän Laube, von der Linie der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt-Aktiengesellschaft, ging, erpedit von Hrn. August Volken, William Müller's Nachf., am 28. Nov. von Hamburg nach New-York ab. Außer einer starken Brief- und Paketpost hatte dasselbe 900 Tons Güter und 212 Passagiere an Bord.

**Karlsruhe, 1. Dez. (Großh. Hoftheater.)** Die letzten Opernvorstellungen brachten uns das Gastspiel einer auswärtigen Künstlerin, welches das Theaterpublikum in eine ungewöhnliche Aufregung versetzte. Frau Masius-Braunhofer trat in drei Rollen auf (Rosine im „Barbier“, Agathe im „Freischütz“ und Martha in der gleichnamigen Oper) und erntete in allen einen so warmen Beifall, wie er hier nur sehr selten gespendet zu werden pflegt. Und mit Recht. Sind wir auch keineswegs gemeint, in den Enthusiasmus einzustimmen, der sich in manchen Kreisen geltend machte, — zu einem allseitigen definitiven Urtheil müßten wir die geehrte Künstlerin noch in verschiedenen andern Rollen hören — so erkennen wir doch gern die ungemeinen Vorzüge ihrer Leistungen an. Die an sich nicht große Stimme klingt edel und ebenmäßig in allen Lagen und zeigte sich ausgiebig genug für alle Aufgaben, die sie löste. Damit verbindet sich eine musikalische Sicherheit und Gesangskraft, wie sie heut zu Tage nicht allzu häufig vorkommt. Bewährte sie im Bereich der italienischen Koloratur eine wahre Virtuosität, so ließ ihre deutsche Cantilene im Freischütz nichts zu wünschen übrig; und nicht bloß die Vollkommenheit der äußern Technik verdient alle Anerkennung, sondern nirgendwo fehlte auch das belebende Element: Empfindung, Geist, Geschmack. Auch im Spiel befandete Frau Braunhofer große Routine, mag man auch da und dort Einiges auszulassen haben. Sie bewirkt sich, wie wir hören, um die in einiger Zeit frei werdende Stelle der Koloraturängerin. Wir glauben der Ansicht der großen Mehrheit des Publikums Ausdruck zu geben, wenn wir den Wunsch aussprechen, daß sie für die großh. Hofbühne gewonnen werden möchte.

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

### Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag, 3. Dez. 4. Quartal. 129. Abonnementsvorstellung. Zur Feier des Allerhöchsten Geburtsfestes Ihrer Königl. Hoheit der Frau Großherzogin Luise, neu einstudirt: **Torquato Tasso**; Schauspiel in 5 Akten, von Göthe.

Freitag 4. Dez. 4. Quartal. 130. Abonnementsvorstellung. **Ipigenia in Aulis**; Oper in 3 Akten, von Gluck.

